

## Fehlende Investitionen kosten Deutschland jedes Jahr 0,6 Prozentpunkte potentielles Wirtschaftswachstum

Fehlende Investitionen kosten Deutschland jedes Jahr 0,6 Prozentpunkte potentielles Wirtschaftswachstum - DIW Berlin schlägt Investitionsagenda vor - Investitionslücke von rund 75 Milliarden Euro im Jahr - Potentialwachstum könnte auf 1,6 Prozent steigen - Finanzieller Spielraum ist da - Deutschland entgehen durch fehlende Investitionen jedes Jahr Wachstumschancen in Höhe von mindestens 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das haben Ökonomen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) errechnet. Die Berliner Wirtschaftsforscher plädieren deshalb für eine Investitionsagenda von zusätzlichen staatlichen und privaten Investitionen in Höhe von drei Prozent des BIP oder rund 75 Milliarden Euro im Jahr. Die Notwendigkeit für zusätzliche Investitionen sehen die Forscher beispielsweise in den Bereichen Energie, Verkehrsinfrastruktur und Bildung.

"Die deutsche Wirtschaft steht längst nicht so gut da, wie viele derzeit denken. Seit 1999 hat Deutschland einen Investitionsrückstand von rund einer Billion Euro aufgebaut und dadurch erhebliche Wachstumschancen verpasst. Wir gefährden damit die Zukunft Deutschlands als Wirtschaftsstandort und die Nachhaltigkeit unserer Wettbewerbsfähigkeit", erklärt DIW-Präsident Marcel Fratzscher. "Die Investitionslücke muss geschlossen werden. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist richtig dafür, der finanzielle Spielraum ist da."

Die deutsche Investitionsquote zählt zu den niedrigsten weltweit. Allein um den Durchschnitt des Euroraums zu erreichen, wären jedes Jahr zusätzliche Investitionen in Höhe von rund drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts notwendig. Das DIW Berlin schätzt den Investitionsbedarf nach eigenen Berechnungen auf rund 75 Milliarden Euro jährlich. Trotzdem zeigt sich Deutschland kurz vor der Bundestagswahl 2013 hoch zufrieden mit seiner wirtschaftlichen Situation, ist zu Recht stolz auf die gute Lage am Arbeitsmarkt, sein anziehendes Wirtschaftswachstum und darauf, so gut wie kein anderes Land in Europa durch die Krise gekommen zu sein. Betrachtet man allerdings die Entwicklung seit 1999, gibt es viel weniger Anlass zur Freude: Die Wirtschaft ist weniger kräftig gewachsen als im europäischen Durchschnitt, die Reallöhne sind heute kaum höher als 1999, das Staatsvermögen ist geschrumpft. In vielen Bereichen ist Deutschland hinter andere europäische Volkswirtschaften zurückgefallen. Deutlich überdurchschnittlich ist die Sparquote mit aktuell fast 24 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Aber deutsche Ersparnisse wurden zu großen Teilen nicht im Inland investiert, sondern im Ausland - häufig mit Verlust: Seit 1999 haben deutsche Investoren rund 400 Milliarden Euro durch Fehlanlagen im Ausland verloren. Das Geld, das im Ausland verschwindet, fehlt im Inland für Investitionen.

Wachstumspotential könnte auf 1,6 Prozent des BIP steigen - Spielraum vorhanden

"Wenn wir die Substanz und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft auch für künftige Generationen sichern, ein gesundes Wachstum und damit auch künftige Einkommenssteigerungen ermöglichen wollen, brauchen wir deutlich höhere Investitionen", so Fratzscher. Sollte es gelingen, die Investitionslücke von drei Prozent des BIP in den kommenden Jahren zu schließen, würde das mittelfristig zu einem höheren Wachstumspotential führen: Es könnte im Jahr 2017 bei 1,6 Prozent liegen; 0,6 Prozentpunkte höher als bei anhaltend niedrigen Investitionen. Das würde auch helfen, die Staatsschulden zu reduzieren. Schon heute hat der Staat Spielraum, seine Investitionen zu erhöhen. Trotz schwachen Wirtschaftswachstums wurde im vergangenen Jahr erstmals ein kleiner Überschuss erzielt, bis zum Jahr 2017 soll er auf rund 28 Milliarden Euro jährlich steigen. "Gleichzeitig sind die Finanzierungskosten für den Staat derzeit niedrig wie nie. Das verschafft Handlungsmöglichkeiten, ohne die Einnahmen- oder Ausgabenseite zwingend ändern zu müssen", so die Einschätzung der Berliner Wirtschaftsforscher. Auch die Schuldenbremse ändere daran nichts.

Energie, Verkehrswege und Bildung bieten erhebliche Potentiale für produktive Investitionen

Um die privaten Investitionen zu steigern, müssen vor allem die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Etwa zum Gelingen der Energiewende, für das nach DIW-Schätzung zwischen 2014 und 2020 jährlich zwischen 31 Milliarden und 38 Milliarden Euro in den Bereichen erneuerbare Energien, Netze, Systemintegration und energetische Gebäudesanierung privatwirtschaftlich investiert werden müssen. "Um Privatleute und Unternehmen an Bord zu holen, muss man ihnen vor allem verlässliche Investitionsbedingungen bieten", sagt DIW-Energieexpertin Claudia Kemfert. "Diskussionen wie über die Abschaffung oder rückwirkende Veränderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sind schädlich. Sie schrecken Investoren ab", erklärt DIW-Klimaexperte Karsten Neuhoff.

In den Bereichen Bildung und Verkehrsinfrastruktur ist vor allem eine verstärkte öffentliche Investitionstätigkeit gefragt. Diese wirkt jedoch als Treiber für private Investitionen, weil sie die Standortattraktivität erhöht. Einen hohen zusätzlichen Investitionsbedarf hat Deutschland im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. "Hier wurden Investitionen in den Erhalt und die Qualitätssicherung substantiell vernachlässigt. So hat sich ein Ersatz- und Nachholbedarf von mindestens 6,5 Milliarden Euro im Jahr angesammelt", schätzt Verkehrsökonomin Heike Link. Das größte Problem sieht die DIW-Expertin aber in einem fehlenden Gesamtkonzept zur Infrastrukturfinanzierung. "Es gibt nur punktuell Instrumente zur Finanzierung, die sich aber nicht in einen Gesamtrahmen einfügen. Besonders für die Verkehrswege in kommunaler Verantwortung wäre dies jedoch wichtig."

Für Bildungseinrichtungen wie Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen gibt Deutschland derzeit mit 5,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes weniger aus als die meisten OECD-Länder, die im Durchschnitt 6,2 Prozent bereitstellen. Besonders groß ist das Defizit bei der frühen Bildung: Nur etwa 0,1 Prozent des BIP fließen jährlich in die Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren. "Dabei sind Investitionen in die frühe Kindheit besonders rentabel, da Kinder von einer frühen und sehr guten Förderung ihr ganzes Leben lang profitieren können und weitere Fähigkeiten leichter erlernen", erklärt DIW-Bildungsökonomin C. Katharina Spieß. Wichtig sei, dass nicht nur die Zahl der Kitaplätze erhöht werde, sondern auch die Betreuungsqualität. Weitere finanzielle Mittel für Ganztagsangebote mit einer hohen Qualität wären auch im schulischen Bereich gut angelegt, zumal damit - wie bei Kindertageseinrichtungen - zusätzlich familien- und arbeitsmarktpolitische Ziele wie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden könnten.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für Deutschland zu investieren - Europa profitiert

"Es ist dringend an der Zeit, dass Deutschland diese Investitionsschwäche angeht und den Investitionsrückstand so bald wie möglich aufholt", so das Fazit der DIW-Experten. Stärkere private und öffentliche Investitionen würden nicht nur das Wachstum in Deutschland stärken, sondern auch einen wichtigen Wachstumsimpuls für Europa setzen. "Das stellt den besten Beitrag dar, den Deutschland derzeit leisten kann, um seinen Nachbarn zu helfen."

KURZ GESAGT

Marcel Fratzscher (Präsident): "Die deutsche Wirtschaft steht längst nicht so gut da, wie viele derzeit denken. Seit 1999 hat Deutschland einen Investitionsrückstand von rund einer Billion Euro aufgebaut und dadurch erhebliche Wachstumschancen verpasst. Wir gefährden damit die Zukunft Deutschlands als Wirtschaftsstandort und die Nachhaltigkeit unserer Wettbewerbsfähigkeit. Wenn wir die Substanz und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft auch für künftige Generationen sichern und künftige Einkommenssteigerungen ermöglichen wollen, müssen wir jetzt beginnen, diese Investitionslücke zu schließen."

Claudia Kemfert (Energieökonomin): "Die für die Energiewende erforderlichen hohen Investitionen haben eindeutig eine positive gesamtwirtschaftliche Wirkung."

Karsten Neuhoff (Klimaökonom): "Die derzeitige Diskussion um die Abschaffung oder rückwirkende Änderung des EEG schreckt Investoren ab. Das Kapital ist da, es muss nur seinen Weg finden in die deutsche Energiewende."

Heike Link (Verkehrsökonomin): "Es wird zu wenig für die Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur getan. Die Substanzerhaltung darf nicht von haushaltspolitischen Schwankungen abhängen. Deshalb brauchen wir hier ein Finanzierungskonzept."

C. Katharina Spieß (Bildungsökonomin): "Wenn Deutschland ein Land der klugen Köpfe bleiben will, muss es mehr in Bildung investieren. Besonders der frühkindliche Bereich verspricht hohe Potentiale - hier sollte Deutschland mehr investieren. Dabei kommt es entscheidend darauf an, in eine hohe Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote für junge Kinder zu investieren. Und bei den Hochschulen sollte so investiert werden, dass mehr Kinder aus bildungsfernen Gruppen studieren."

Pressestelle  
Renate Bogdanovic  
Sabine Fiedler  
Sebastian Kollmann  
presse@diw.de  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Telefon: +49-30-897 89-249, -250 oder -252  
Telefax: +49-30-897 89-200  
Mobil +49-174-319-3131  
Mobil +49-174-183-5713  
www.diw.de  
facebook.com/diw.de  
twitter.com/DIW\_Berlin

 width="1" height="1">

### Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

### **Firmenkontakt**

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.